

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	42. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	26. September 2017, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 12 der Tagesordnung: Eckpunktepapier zwischen Stadt Karlsruhe und Land Baden-Württemberg über die Verständigung zur Neuvergabe der SPNV-Leistungen im Netz 7
Vorlage: 2017/0519

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Eckpunktepapier zwischen Stadt Karlsruhe und Land Baden-Württemberg über die Verständigung zur Neuvergabe der SPNV-Leistungen im Netz 7 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 12 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Hintergrund sind die irgendwann auslaufenden Konzessionen für die Vergabe unseres Straßenbahnnetzes an die VBK und unseres Stadtbahnnetzes an die AVG. Hier gab es in den letzten Jahren immer mal wieder Tendenzen, das hat auch etwas mit wettbewerbsrechtlichen Fragen zu tun und auch der Begeisterung mancher im Land für die Wirtschaftlichkeit, die sich aus Ausschreibungsprozessen ergibt, die entsprechenden Netze, die über die Stadtgrenzen hinaus gehen, in einen solchen Ausschreibungsprozess zu geben. Das Problem dabei wäre gewesen, dass damit dann auch die Direktvergabe an unser eigenes Straßenbahnnetz kritisch werden würde.

Dank der guten lesewilligen und –fähigen Experten unserer Verkehrsbetriebe haben wir im EU-Recht eine Möglichkeit gefunden, über eine Gruppe von Behörden eine Lösung zu finden, die es weiterhin ermöglicht, auch solche Stadtgrenzen übergreifende Netze und Strecken direkt vergeben zu können. Dazu muss man eine Gruppe von Behörden bilden. Das ist bisher so eher unüblich, auch wenn es durchaus Vorbilder in Deutschland gibt. Wir haben uns dann in Brüssel vor Ort erkundigt, wie das aufzufassen ist, und haben die Bestätigung bekommen, dass es genau für unsere Situation passend ist, weil wir hier eine ganz enge Verflechtung aus einem Straßenbahnnetz und einem Stadtbahnnetz in die Region haben und es Sinn macht, das als Gesamtes zu betrachten.

Wir haben dann mit dem Land verhandelt. Ich schlage Ihnen heute die Zustimmung zum Eckpunktepapier vor, ein Eckpunktepapier, das am Ende in seiner Gültigkeit auch von Ihrer Zustimmung abhängig ist, in dem wir einen sehr akzeptablen Ergebnisstand der Verhandlungen mit dem Land vorlegen. Es werden zwar einzelne Expresslinien nach Freudenstadt und Heilbronn und die stündliche Linie nach Achern sowie die Verdichtungslinie nach Gernsbach-Forbach dann nicht mehr in die Direktvergabe gehen, sondern werden ausgeschrieben. Aber alle anderen Verkehre, die über die Stadtgrenze hinausführen, würden weiter direkt an die AVG vergeben. Es steht auch nichts mehr im Wege, dass wir das Straßenbahnnetz weiter direkt vergeben können. Dazu gehört allerdings auch, dass man noch einmal die Kostenermittlung sehr kritisch durch einen entsprechenden Gutachter von beiden Seiten unter die Lupe nimmt, und dann die neuen Verträge mit dem Land, das finanziell in diese Stadtbahnlinien, die über die Grenzen hinausführen, mit einsteigt, auf eine neue wirtschaftliche Grundlage stellt, so dass es keinen wirtschaftlichen Nachteil geben soll für den Besteller, in dem Fall das Land, wenn man auf eine Ausschreibung verzichtet. Das ist letztlich auch ein Stück weit im städtischen Interesse, dass wir hier keine Leistungen einkaufen, die es auch wirtschaftlicher zu erbringen gelte.

Ich bin dem Land sehr dankbar, dass es diesen Weg mitgegangen ist. Es ist auch wichtig zu erkennen, dass es eine absolute Einzelfalllösung ist, weil wir mit unserem Stadt-Umland-Verkehr einen absoluten Einzelfall darstellen in Baden-Württemberg, und dass auch ein großes Maß an Vertrauen zu unserem System damit verbunden ist und auch der Wille des Verkehrsministeriums, dieses System erfolgreich weiterzuentwickeln und nicht durch eine Aufsplittung aller Linien an der Stadtgrenze von Karlsruhe zu gefährden. Das rechnen wir dem Land außerordentlich hoch an, dass man unser System so weiter entwickelt. Es gab am Anfang etwas Irritationen im Umland, weil der Eindruck entstanden ist, dadurch verschlechtert sich die Versorgung im Umland. Aber das Land hat jetzt sowohl mit dem Landkreis Rastatt als auch mit dem Landkreis Karlsruhe wiederum Absichtserklärungen oder auch schon relativ festgelegte Ideen ausgetauscht, wie dann eine solche Vergabe an Externe auszusehen hat. Es wird in der Gesamtheit eher zu einer Verbesserung des Angebots führen, sei das in Richtung Komfort, vor allem aber auch der Anzahl der entsprechenden Verbindungen. Damit haben wir am Ende alle etwas davon. Von daher kann ich Ihnen mit gutem Gewissen heute empfehlen, diesem Eckpunktepapier zuzustimmen.

Im Hauptausschuss ist es vorberaten. Ich habe jetzt keine Wortmeldungen. Das hätte ich nicht gedacht. Dann machen wir jetzt zügig die Entscheidung. – Das ist eine einstimmige Zustimmung. Da werden sich einige im Land freuen über diese gute Unterstützung aus dem Gemeinderat.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
11. Oktober 2017